

Der Online-Newsticker HEISE meldet am 9.11.2020:

EU-Regierungen planen Verbot einer sicheren Verschlüsselung

*Slogan: „Sicherheit durch Verschlüsselung
und Sicherheit trotz Verschlüsselung“*



Der Wiener Terroranschlag ist für die EU-Regierungen die Gelegenheit zum Ausbau der Überwachung bei verschlüsselten Datenübertragungen. Vor allem Onlinedienste sollen einen Zweitschlüssel der Verschlüsselung bei den Behörden hinterlegen müssen.

Nach diesem Bericht in HEISE-Online wird die schon lange hinter vorgehaltener Hand geäußerte Befürchtung bestätigt: Die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten haben sich wohl darauf verständigt, sichere Verschlüsselung EU-weit zu verbieten.

Das soll aus dem geheimen Entwurf einer geplanten Deklaration des EU-Ministerrats hervorgehen, die der Österreichische Rundfunk (ORF) jetzt veröffentlicht hat. Zwar betont das Dokument zunächst die Bedeutung der Verschlüsselung und gelobt, sie sogar zu fördern, doch dann wird nach „innovativen Ansätzen“ und technischen Lösungen zur Brechung der Verschlüsselung verlangt.

In allgemeinverständlichem Deutsch übersetzt bedeutet das Dokument, dass die Regierungen alle Dienstbetreiber dazu zwingen wollen, Hintertüren in ihre Verschlüsselung einzubauen. Darüber besteht offenbar bereits Einstimmigkeit im Rat der EU-Minister. Der Resolutionsentwurf heißt offiziell „Sicherheit durch Verschlüsselung und Sicherheit trotz Verschlüsselung“.

Nach dem Bericht des ORF sollen zukünftig Betreiber von Ende-zu-Ende-verschlüsselten Diensten dazu verpflichtet werden, für den Betrieb Generalschlüssel zu erzeugen und diese dann bei Behörden zu hinterlegen. Diese können sich dann jederzeit unerkannt in private Unterhaltungen und andere verschlüsselte Übertragungen einklinken. Die konkrete Methode stelle einen Man-in-the-Middle-Angriff dar.

Vergleicht man den aktuellen Gesetzgebungsentwurf mit früheren Textversionen, war noch von Zugriff für „Strafverfolgung“ und „Justiz“ die Rede – jetzt wird nur noch von „Competent Authorities“ gesprochen. Das bedeutet, dass dann wohl auch die Geheimdienste legal Zugriff erhalten sollen. Das führt dazu, dass Betroffene dann wohl nie von der Überwachung erfahren werden. Zwischen den beiden Textversionen lag der Terroranschlag von Wien, bei dem ein Österreicher am 2. November vier Menschen erschossen und 23 weitere verletzt hat. Dieses Attentat dient nun als politisches Argument für mehr Überwachung.